

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feiertunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80
Einzelnnummer 10 „
Erscheint an jedem Werktage
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saisler (Karl Saisler) Nagold

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 „, Familien-Anzeigen 12 „
Reklame-Seite 45 „, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellschaffer Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 227 Begründet 1826 Mittwoch, den 29. September 1920 Fernsprecher Nr. 29 100. Jahrgang

Tagespiegel

Dr. Stresemann ist zur Beteiligung an der Vorbereitung des Parteitag der Deutschen Volkspartei nach Radesheim am Rhein (im besetzten Gebiet) abgereist. Er wird auch an dem sich anschließenden Parteitag in Köln teilnehmen.

Der Vertreter des deutschen Reichskommissars für die besetzten Gebiete, Ministerialdirektor Graf Adelmann, hat bei der Rheinlandkommission Beschwerde gegen die französischen Rohstoffe in Germersheim erhoben.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist auf 7. Okt. vormittags 10 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden.

Die Hamburger Hafenarbeiter haben mit Dreiviertel-mehrheit den Ausstand beschlossen.

Wahlreform in Baden

Im kommenden Winter wird sich der badische Landtag mit der Umgestaltung des badischen Wahlgesezes zu befassen haben. Von Seiten der führenden Zentrumsparlei wird darauf hingewiesen, daß das gegenwärtige Wahlsystem das Volk nicht befriedige, vielmehr das politische Interesse lähme. So schreibt der Sekretär der badischen Zentrumsparlei, S j e l e, in einem Aufsatz, in der Partei sei eine Abnahme der Parteifreudigkeit sowohl beim Bauernstand (wegen der landwirtschaftlichen Wirtschaftspolizei) als auch im kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand und in der Beamenschaft (wegen der Verbindung mit der Sozialdemokratie) festzustellen. Politische Gleichgültigkeit und Verdrossenheit seien Zeichen der Gegenwart.

Eines der angesehensten Mitglieder der badischen Zentrumsparlei, der frühere Abgeordnete W i t t e m a n n, Präsident des Rechnungshofs, hat nun die Forderung einer Wahlrechtsänderung in Form eines Gesetzesentwurfs niedergelegt. Ohne Zweifel wird dieser Entwurf, der sicher nicht ohne Fühlung mit der Partei aufgestellt ist, die Grundlage für den Entwurf der Regierung bilden.

Die neue badische Verfassung schreibt für die Wahlen zum Landtag folgendes vor: Das Land muß in mindestens vier Wahlkreise eingeteilt sein, auf je 10 000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter, die Reststimmen werden für die Landesliste verwertet, auf einen Rest von mehr als 7500 Stimmen entfällt noch ein Abgeordneter. Wahlkreisverbände gibt es in Baden nicht. Gelingt es einer Gruppe nicht, in einem Wahlkreis die nötige Stimmenzahl für einen Abgeordneten aufzubringen, so kommen ihr trotzdem die Stimmen in den Wahlkreisen für die Landesliste zugute. In diesem Punkt weicht das badische Wahlrecht vom Reichstagswahlrecht ab. Und hier liegt auch eine Ursache für die starke Zersplitterung. Hier will der Reformvorschlag des Zentrums zunächst eine Aenderung treffen; es soll bestimmt werden, daß eine Partei nur dann durch die Landesliste einen Abgeordneten gewinnen kann, wenn sie in mindestens einem Wahlkreis einen Abgeordneten durchgebracht hat. Den Grundgedanken der Verhältnisse w a h l will das Zentrum unberührt lassen. Das Mittel zur Wiederbelebung des Interesses der Wähler sieht das Zentrum in der Rückkehr zum Einwahlkreis. Der Plan des Zentrums sieht folgendes vor: Das Land wird in 32 Wahlkreise eingeteilt (jezt 7, nach der alten Verfassung 73). In jedem Wahlkreis können von jeder Wählergruppe oder Partei zwei Kandidaten aufgestellt werden, die gleichzeitig auch in andern Wahlkreisen kandidieren können. Der Wähler soll das Recht haben, den Kandidaten der ersten Stelle an die zweite zu setzen oder einen Namen zu streichen und ihn durch einen Bewerber der gleichen Gruppe aus einem andern Wahlkreis zu ersetzen. Kandidiert ein Bewerber in mehreren Wahlkreisen zugleich, so gilt er dort als gewählt, wo er die meisten Stimmen erhalten hat. Auf je 10 000 Stimmen entfällt, wie bisher, ein Abgeordneter, die Reststimmen in den Wahlkreisen werden für die Landesliste verwertet. Auf dieser Landesliste stehen die Namen aller Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Wer in einem Wahlkreis gewählt ist, wird aus der Landesliste gestrichen. Den Kandidaten der Landesliste werden die Sitze nach der Höhe ihrer Stimmenzahl zugeteilt. Kandidaten, die zu keinem Sitz kommen, gelten als Ersatzmänner. Sind bei einem später freierwerbenden Sitz keine Ersatzmänner der betreffenden Partei vorhanden, dann findet Nachwahl statt, wobei als gewählt gilt, wer die verhältnismäßige Mehrheit und mehr als ein Drittel aller gültigen Stimmen erreicht.

Die Vorschläge des Zentrums sind so gehalten, daß eine Verfassungsänderung, wofür in Baden eine Volksabstimmung erforderlich wäre, nicht notwendig wird. Die Sozialdemokratie hat sich grundsätzlich zur Mitarbeit an einer Wahlreform bereit erklärt, zeigt aber gegenüber der Wahlreifeinteilung nach dem Zentrumsvorschlag offenes Mißtrauen. Von anderer Seite liegen noch keine Aeußerungen zu den Zentrumsplänen vor, jedoch ist die Auffassung über die Zweckmäßigkeit einer Wahlreform bei der Volkspartei, bei den Demokraten und auch bei den Deutschnationalen nicht einheitlich.

Poincaré in Bar le Duc

Die Meinung in Frankreich und England

Paris, 28. Sept. Gestern nachmittag hielt Poincaré vor dem Generalkrat seines Heimatbezirks Bar le Duc in Lothringen die angekündigte politische Rede. Er führte u. a. aus, als er wiederum die Regierung übernommen habe, seien die Staatsfinanzen in überster Lage gewesen. Schuld daran habe auch Deutschland, das mehrere Jahre seine Kriegsschuldigungen verzögert habe. Seit 10. August sei die Lage besser geworden, die Währung fange an, zu gedeihen. Die Regierung werde im Parlament die Vertrauensfrage über die von ihr eingeleitete Verwaltungsreform (deren finanzieller Erfolg noch gering ist) stellen. Nicht Frankreich treffe die Schuld, es sei vielmehr das Opfer einer Lage, die nur eine entschiedene patriotische Begeisterung und nationale Eintracht ändern könne. Von gewisser Seite (Amerika) habe man den Versuch gemacht, zudringliche Blicke auf die Ersparungen im französischen Haushalt und auf seine Ausgaben zu werfen. Frankreich werde aber nach einem Krieg, den es nicht verschuldet (!), und nach einem Sieg, den es teuer bezahlt habe, keine Verletzung seiner Würde und Selbstherrlichkeit dulden. Die Abtragung der französischen Schulden würde noch bedeutender gewesen sein (es hat noch nichts bezahlt, außer einigen Millionen an England! D. Schr.), wenn Frankreich nicht gezwungen gewesen wäre, die Last des Wiederaufbaus selbst zu übernehmen dadurch, daß Deutschland seinen Verpflichtungen lange nicht nachgekommen sei. Das habe die Finanzen Frankreichs ruiniert (!). Frankreich wurde überfallen. Keine Nation hänge mehr am Frieden als Frankreich und keine habe den Krieg weniger gesucht, und die französische Regierung habe alles getan, um ihn zu verhindern (dieser Heuchelei!). Keine Nation habe sich seit Unterzeichnung der Verträge gebuldiger bemüht, den Bestimmungen von Versailles Folge zu leisten (Rubrikerfall!). Frankreich verlanee nur die kändiae Sicherma seines endgültig wieder-

hergestellten Gebiets und die regelmäßige Zahlung der versprochenen Entschädigungen. Es habe sich niemals gemeigert, sich mit Deutschland über Fragen zu befassen, die beide Länder angehen, und es sei zu Annäherungsversuchen bereit, vorausgesetzt, daß sie sich mit Frankreichs Verträgen und Bündnissen vereinbaren lassen. Das dürfe aber nicht dazu führen, die Schuld der kaiserlichen Regierung am Krieg in Zweifel zu ziehen, die durch Beweise für die materielle und moralische Entwertung Deutschlands geführt werden müsse. Niemand werde es verwunderlich finden, wenn Frankreich bei der bestehenden Unsicherheit an seinen vertraglichen Rechten festhalte und auf seine Wachsamkeit nicht verzichte.

Aus jedem Satz spricht die alte Verlogenheit und der alte Haß Poincarés, der sich aber vergebens bemühen wird, seine Schuld am Krieg und an den zahllosen Vertragsverletzungen nach dem Krieg abzuleugnen.

Die Meinung in Frankreich und England

In Paris hat die Rede Poincarés sehr befriedigt. Auch die Presse lobt es, daß Poincaré in der Kriegsschuldfrage eine „beruhigende Formel“ gefunden habe, indem er die Schuld auf Stellen legte, die nicht mehr vorhanden sind. Damit könne sich auch Deutschland abfinden, so daß weitere Untersuchungen über die Schuldfrage überflüssig seien. (Die Schuldfrage soll also aufrechterhalten werden, nur soll sie dem neuen Deutschland weniger bitter gemacht werden.)

Die Londoner „Times“ schreibt, Poincarés Rede sei eine gerechte und wohl erwogene Antwort auf die unglückliche Behauptung Stresemanns, Deutschland lehne die Beizichtigung der alleinigen Schuld am Krieg ab. Die Stellung Frankreichs werde von der öffentlichen Meinung Englands und aller Verbündeten geteilt.

Neuestes vom Tage

Hindenburgs 79. Geburtstag

Berlin, 28. Sept. Der Reichspräsident hat, der B. Z. zufolge, gestern Berlin verlassen, um einige Tage auf dem Lande zu verbringen und seinen 79. Geburtstag am 2. Oktober in aller Stille zu feiern.

32 Millionen Reichsheilife für die Stgebiere

Berlin, 28. Sept. Um den dringlichsten Notständen in den östlichen Grenzgebieten Preußens möglichst schnell abzuhelfen, hat die Reichsregierung beschlossen, dem Reichrat und Reichstag einen Nachtrag zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern vorzulegen, in dem 32 Millionen Reichsmark für bestimmte kulturelle und wirtschaftliche Aufgaben in den Stgebieten angefordert werden. Der Verwendungsplan ist im Endernehmen mit der preußischen Staatsregierung aufgestellt worden. Die Mittel sollen noch in diesem Rechnungsjahr zur Verwendung kommen.

Schritte gegen Friedensburg

Berlin, 28. Sept. Der zweite Polizeipräsident von Berlin, Friedensburg, hat in einer Versammlung des republikanischen Reichsbundes schwere Verbächtigungen gegen die Kanzlei des Reichspräsidenten bezw. gegen Hindenburg selbst geäußert. Das Büro des Reichspräsidenten sei die Stelle, durch die versucht werde, unter Ausnutzung einer gewissen Gegenfächtigkeit zwischen Preußen und dem Reich Anordnungen der preußischen Behörden zu durchkreuzen. (Es handelt sich u. a. um die Vorträge des Pariser Hebers Bach in Deutschland). Der Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, hat den preußischen Innenminister S e v e r i n g um Einsetzung des genauen und glaubigsten Wortlauts der Rede Friedensburgs ersucht.

Die Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe

Berlin, 28. Sept. Im Lohnstreit im Berliner Baugewerbe hat das Schiedsgericht sowohl die Forderung der Arbeitgeber auf Herabsetzung der Löhne wie die Forderung der Arbeitnehmer auf Lohnhöhung abgelehnt.

Die Bluttat in Germersheim

Germersheim, 28. Sept. Als Schuldige bei der Bluttat in Germersheim, wobei ein Deutscher getötet und zwei schwer verletzt wurden, wurden zwei französische Leutnants ermittelt, die in Zivilkleidung gingen und mit den drei deutschen Arbeitern in Wortwechsel gerieten, wobei sie sofort von der Schußwaffe Gebrauch machten.

„Annäherungsversuche“ in Mainz

Mainz, 28. Sept. Am hiesigen Bahnhof belästigten französische Soldaten deutsche Vorübergehende in empörender Weise und bedrohten sie mit Revolvern. Diese Brutalitäten dauerten zwei volle Stunden, bis eine Wache die Soldaten mitnahm.

Die Siedlungsmöglichkeiten in Südamerika

Rom, 28. Sept. Auf dem hiesigen Kongreß der Amerika-Forscher hielt gestern nachmittag der deutsche Geograph, Universitätsprofessor P e n d a, einen Vortrag über die Möglichkeiten und die Entwicklung der Besiedlung Südamerikas. P e n d a glaubt, daß Südamerika 2 1/2 Milliarden Menschen ernähren könnte, wenn die Urwälder urbar gemacht würden. Selbstverständlich könne sich eine solche Entwicklung erst in Jahrhunderten vollziehen. Die südamerikanischen Ureinwohner, die Indianer, seien für eine derartige Entwicklung nicht geeignet, mehr seien dies die Europäer und die Nachkommen von aus Europa Eingewanderten. Allerdings könnte die Besiedlung nur dadurch geschehen, daß sie langsam in die Tropengebiete vorrückte.

Verlängerung des Ermächtigungsgesezes in England

London, 28. Sept. Das Unterhaus nahm mit 237 gegen 122 Stimmen den Antrag an, der der Regierung Handlungsfreiheit für ihr Vorgehen im Bergarbeiterstreik während der Herbsttagung überläßt. Erstminister Baldwin erklärte: Die Bergarbeiter sind jetzt tatsächlich an dem Punkt angelangt, der gleich eine Lösung möglich gemacht hätte, wenn sie diesen Standpunkt von Anfang an eingenommen hätten. Der ganze Zwist ist ein neuer Beweis für die belangswerte Lörheit, Streitigkeiten durch Streiks lösen zu wollen. Diese Art kann niemand befriedigen als jene kleine Minderheit, die aus dem Unglück des Landes Nutzen ziehen hofft. Schatzkanzler Churchill erklärte, die Regierung beabsichtige nicht, mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Streik dem Gedanken einer vorläufigen Verstaatlichung der Bergwerke näherzutreten.

In Südwales haben weitere 12 000 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Aenderung in der Fremdengerichtsbarkeit in Schanghai zugunsten Chinas

London, 28. Sept. Aus Schanghai wird der Abschluß eines Abkommens zwischen den Konsularbehörden und den chinesischen Provinzialbehörden über die Aufhebung des gemischten Schiedsgerichtshofs berichtet. Die Klage eines Ausländers gegen einen Chinesen wird in Zukunft von einem Gerichtshof abgeurteilt, dem ein ausländischer Assessor beigegeben ist, der indessen nur die Eigenschaft als Beobachter hat und keine juristischen Rechte besitzt. Interessant ist, daß sich aus dem Abkommen für die Chinesen das Recht einer Durchsuchung der Gebäude von Ausländern in Schanghai ergibt.

Württemberg

Stuttgart, 28. Sept. Zusammentritt des Landtags. Wie verlautet, wird der württ. Landtag voraussichtlich am 20. Oktober für eine etwa 10tägige Tagung zusammentreten.

